

Vorlage, DS-Nr. 2020/0205/1

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Umwelt- und Verkehrsausschuss	25.06.2020			

Betreff: Sachstandsbericht EVONIK
1. Drohende Zunahme von Gefahr-transporten durch Troisdorf -
Beschleunigung des direkten DB-Anschlusses des Evonik Geländes in
Lülsdorf
Antrag der SPD-Fraktion vom 27. Januar 2020
2. Sachstandsbericht über zukünftige Transportwege zum EVONIK Werk
in Niederkassel
Antrag der CDU-Fraktion vom 13. Februar 2020

Beschlussentwurf:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt die in der Sachdarstellung dargelegten Informationen zur Kenntnis und beschließt die darin kommunizierte weitere Vorgehensweise.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachdarstellung:

In Anlehnung an TOP 5 der UVA-Sitzung vom 05. März d.J. hat die Verwaltung den Geschäftsführer der RSVG Herrn Reinhardt eingeladen, um weitergehende Fragen hinsichtlich des Transportes von Gefahrstoffen auf der RSVG-Trasse zu beantworten.

Hintergrund ist die seitens des Unternehmens PCC geplante Entwicklung einer Industrieanlage am Standort der Evonik Industries AG in Niederkassel Lülsdorf.

Hier sollen Anlagen für die Herstellung und Weiterverarbeitung von hochreinem Ethylenoxid (EO) entstehen, deren Ziel- und Quellverkehre sicherlich auch über die RSVG-Trasse abgewickelt werden.

Grundsätzliche Informationen zu diesem Projekt können unter www.pcc-luelsdorf.de abgerufen werden.

Das für die Ansiedlung erforderliche Anlagengenehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) wird seitens der Bezirksregierung durchgeführt.

Die hierfür erforderliche Antragstellung wird nach aktuellen Informationen der Verwaltung frühestens Ende des Jahres erwartet, da im Vorfeld seitens des Antragstellers noch zahlreiche Vorarbeiten zu leisten sind.

Hierzu zählt nach Angaben der Bezirksregierung auch eine – für Troisdorf interessante – Logistikstudie, die Aufschluss über die angestrebte Inanspruchnahme der Verkehrsträger Schiene/ Straße / Schiff geben soll.

Um vor diesem Hintergrund – neben der späteren Beteiligung der Stadt Troisdorf als “Träger öffentlicher Belange“ im Rahmen des BImSchG- die Sorgen und Anregungen der Stadt Troisdorf frühzeitig einzubeziehen, hat die Bezirksregierung einen vorgezogenen Gesprächstermin, im Vorfeld der Antragstellung, zugesagt.

Bei dieser Gelegenheit können die städtischen Bedenken und Anregung im bilateralen Gespräch bereits umfänglich thematisiert werden. Zu gegebenem Anlass wird die Verwaltung dem Umwelt- und Verkehrsausschuss weitergehend berichten.

In Vertretung

Walter Schaaf
Technischer Beigeordneter